

460553-2025 - Wettbewerb

Deutschland – Netzwerke – LVN 6.0 "WAN"

OJ S 133/2025 15/07/2025

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Lieferleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Brandenburgischer IT-Dienstleister

E-Mail: zit-bb-ausschreibung@zit-bb.brandenburg.de

Rechtsform des Erwerbers: Regionale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: LVN 6.0 "WAN"

Beschreibung: Das Land Brandenburg betreibt das Landesverwaltungsnetz Brandenburg in der heutigen Ausbaustufe 5 (LVN 5.0) als ein leistungsfähiges Daten- und Kommunikationsnetz, an dem mehr als 500 Behörden und Einrichtungen des Landes sowie Kommunen angeschlossen sind. Innerhalb des Netzes sind verschiedene Fachnetze definiert, die durch ein VPN-Konzept realisiert werden. Über das LVN wird der Austausch von Daten und Sprache zwischen Einrichtungen der Landesverwaltung flächendeckend und breitbandig abgesichert. Durch abgestufte Bandbreiten und mehrere Serviceklassen wird ein den jeweiligen Anforderungen angepasster Zugang zu den Netzdiensten ermöglicht. Das LVN wird als IP-Netz unter Nutzung moderner Standards und einer generellen Verschlüsselung betrieben. Neben zentralen Netzdiensten wie E-Mail (Exchange), Verzeichnisdienste, Serverdienste oder Webservices wird dieses Netz auch zur Übertragung des Dienstes "Sprache" (IP-Telefonie) zwischen den Behörden und Einrichtungen sowie Kommunen des Landes Brandenburg genutzt. Darüber hinaus werden mehrere hundert Fachverfahren über das LVN abgewickelt. Bereitgestellt wird das bestehende LVN 5.0 auf der Grundlage eines Vertrages mit der Firma T-Systems International GmbH, der zum 31.12.2025 ausläuft. An die eigentliche Vertragslaufzeit schließt sich die Verpflichtung des Auftragnehmers zur Unterstützung bei der Migration auf das Nachfolgesystem an (nachlaufende Vertragszeit), die maximal 2 Jahre dauern kann.

Kennung des Verfahrens: 0ce57b89-5c23-4994-9b98-39135ea7e613

Interne Kennung: 174 70 - 11302_2

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Lieferleistungen

Haupteinstufung (cpv): 32400000 Netzwerke

Zusätzliche Einstufung (cpv): 32410000 Lokales Netz, 32412100 Fernmeldenetz, 32420000

Netzausrüstung, 32421000 Netzverkabelung, 32424000 Netzwerkinfrastruktur, 32427000

Netzsystem, 32500000 Fernmeldebedarf, 32571000 Kommunikationsinfrastruktur, 50312300

Wartung und Reparatur von Datennetzeinrichtungen, 72315000 Datennetzverwaltungs- und -unterstützungsdienste, 72318000 Datenübertragung, 72720000 Fernnetzdienste, 72315200 Verwaltung von Datennetzen

2.1.2. Erfüllungsort

Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

2.1.3. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 215 000 000,00 EUR

Höchstwert der Rahmenvereinbarung: 215 000 000,00 EUR

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Bekanntmachungs-ID: CXP9YMGHRUE

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: Der Bewerber hat die Eigenerklärung gem. § 123 und § 124 GWB vorzulegen (siehe Formular 4.1 EU).

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Der Bewerber hat die Eigenerklärung gem. § 123 und § 124 GWB vorzulegen (siehe Formular 4.1 EU).

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Der Bewerber hat die Eigenerklärung gem. § 123 und § 124 GWB vorzulegen (siehe Formular 4.1 EU).

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Der Bewerber hat die Eigenerklärung gem. § 123 und § 124 GWB vorzulegen (siehe Formular 4.1 EU).

Betrug: Der Bewerber hat die Eigenerklärung gem. § 123 und § 124 GWB vorzulegen (siehe Formular 4.1 EU).

Korruption: Der Bewerber hat die Eigenerklärung gem. § 123 und § 124 GWB vorzulegen (siehe Formular 4.1 EU).

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Der Bewerber hat die Eigenerklärung gem. § 123 und § 124 GWB vorzulegen (siehe Formular 4.1 EU).

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: Der Bewerber hat die Eigenerklärung gem. § 123 und § 124 GWB vorzulegen (siehe Formular 4.1 EU).

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen: Der Bewerber hat die Eigenerklärung gem. § 123 und § 124 GWB vorzulegen (siehe Formular 4.1 EU).

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Der Bewerber hat die Eigenerklärung gem. § 123 und § 124 GWB vorzulegen (siehe Formular 4.1 EU).

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Der Bewerber hat die Eigenerklärung gem. § 123 und § 124 GWB vorzulegen (siehe Formular 4.1 EU).

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Der Bewerber hat die Eigenerklärung gem. § 123 und § 124 GWB vorzulegen (siehe Formular 4.1 EU).

Zahlungsunfähigkeit: Der Bewerber hat die Eigenerklärung gem. § 123 und § 124 GWB vorzulegen (siehe Formular 4.1 EU).

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Der Bewerber hat die Eigenerklärung gem. § 123 und § 124 GWB vorzulegen (siehe Formular 4.1 EU).

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Der Bewerber hat die Eigenerklärung gem. § 123 und § 124 GWB vorzulegen (siehe Formular 4.1 EU).

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Der Bewerber hat die Eigenerklärung gem. § 123 und § 124 GWB vorzulegen (siehe Formular 4.1 EU).

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: Der Bewerber hat die Eigenerklärung gem. § 123 und § 124 GWB vorzulegen (siehe Formular 4.1 EU).

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Der Bewerber hat die Eigenerklärung gem. § 123 und § 124 GWB vorzulegen (siehe Formular 4.1 EU).

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Der Bewerber hat die Eigenerklärung gem. § 123 und § 124 GWB vorzulegen (siehe Formular 4.1 EU).

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Der Bewerber hat die Eigenerklärung gem. § 123 und § 124 GWB vorzulegen (siehe Formular 4.1 EU).

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Der Bewerber hat die Eigenerklärung gem. § 123 und § 124 GWB vorzulegen (siehe Formular 4.1 EU).

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: Der Bewerber hat die Eigenerklärung gem. § 123 und § 124 GWB vorzulegen (siehe Formular 4.1 EU).

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: LVN 6.0 "WAN"

Beschreibung: Das LVN 5.0 des Landes Brandenburg wird von verschiedenen Organisationseinheiten genutzt: - Allgemeine Verwaltung und Kommunen (ZIT-BB) - Finanzverwaltung (TFA) - Polizei inkl. Regionalleitstellen der Feuerwehr (ZDPol). Jede dieser Organisationseinheiten betreibt ein eigenes Fachnetz und tritt als sog. Fachnetzbetreiber auf. Die Fachnetzbetreiber steuern und organisieren die fachnetzspezifischen zentralen IT-Systeme sowie die LANs der angeschlossenen Standorte bzw. stellen ihren Endkunden als unmittelbarer und einziger Ansprechpartner eine Anbindung an das LVN zur Verfügung. Sie sind Dienstleister für alle Verwaltungseinheiten des Landes Brandenburg. Jedes Fachnetz ist im Bestandsnetz LVN 5.0 als logisch getrenntes VPN realisiert: - Fachnetz der allgemeinen Verwaltung und der Kommunen (ZIT-BB); Das Fachnetz der allgemeinen Verwaltung und der Kommunen wird durch den zentralen IT-Dienstleister in Brandenburg (ZIT-BB)

Geschäftsbereich 4 betrieben. Es verbindet die Ressortstandorte der Landesregierung untereinander und mit den nachgeordneten Bereichen und stellt im Rechenzentrum des ZIT-BB zentrale Dienste und Applikationen für rund 30.000 Nutzer zur Verfügung. - Fachnetz der Finanzverwaltung (TFA); Das Fachnetz der Finanzverwaltung wird durch das Technische Finanzamt (TFA) Cottbus betrieben. Es verbindet die Standorte der Finanzämter und Bürgerbüros mit dem Rechenzentrum am Technischen Finanzamt in Cottbus mit ca. 4.000 Nutzern. - Fachnetz der Polizei inkl. Regionalleitstellen der Feuerwehr (ZDPol); Das Fachnetz der Polizei wird unter der Verantwortung des ZDPol durch den ZIT-BB Geschäftsbereich 3 betrieben. Es verbindet die Rechenzentrumsstandorte Wünsdorf und Potsdam Eiche sowie eine Vielzahl weiterer Polizei-Standorte mit ca. 10.000 Nutzern. Gegenstand der vorliegenden Vergabe ist die Bereitstellung des neuen Datennetzes des Landes Brandenburg mit folgenden Netzbestandteilen: - Standort-Ports o Standort-Port "Standard" o Standort-Port "72h" o Verschlüsselungskomponenten des Herstellers Cisco - LAN-Kopplungen o LAN-Kopplungen "Standard" o LAN-Kopplungen "72h" o LAN-Kopplungen "72h redundant" * LAN-Kopplungen "72h redundant pseudonymisiert" * LAN-Kopplungen "72h redundant nicht-pseudonymisiert" *

LAN-Kopplungen "72h redundant Verbindung Hub-Standorte" o Option: Layer 2 Dienst für LAN-Kopplungen "72h redundant pseudonymisiert" - Mobile Ports o Remote Access Plattform o Mobilfunk-Datenkarten o Campus-Signalverstärkung für Mobilfunk o Notfallkoffer. Der künftige Auftragnehmer verantwortet in seiner Projektorganisation Planung, Rollout, Inbetriebnahme und Migration der Netzdienstleistungen. Nach Abnahme verantwortet er die Einhaltung der vertraglich vereinbarten Service Level.

Interne Kennung: 174 70 - 11302_2

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Lieferleistungen

Haupteinstufung (cpv): 32400000 Netzwerke

Zusätzliche Einstufung (cpv): 32410000 Lokales Netz, 32412100 Fernmeldenetz, 32420000 Netzausrüstung, 32421000 Netzverkabelung, 32424000 Netzwerkinfrastruktur, 32427000 Netzsystem, 32500000 Fernmeldebedarf, 32571000 Kommunikationsinfrastruktur, 50312300 Wartung und Reparatur von Datennetzeinrichtungen, 72315000 Datennetzverwaltungs- und -unterstützungsdienste, 72318000 Datenübertragung, 72720000 Fernnetzdienste, 72315200 Verwaltung von Datennetzen

5.1.2. Erfüllungsort

Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 48 Monate

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 2

Weitere Informationen zur Verlängerung: Eine Verlängerung bis zu zweimal um jeweils 24 Monate ist möglich. Die maximal vorgesehene Laufzeit von acht Jahren regulärer Vertragslaufzeit ist durch den Auftragsgegenstand und besondere Gründe gerechtfertigt. Das Landesverwaltungsnetz ist in fast allen Arbeitsprozessen der Verwaltung verankert, und seine Komponenten müssen synchronisiert und einheitlich betrieben werden. Die damit verbundenen hohen Transaktions- und Migrationskosten für die Auftragnehmer rechtfertigen daher längere Laufzeiten, um eine Amortisation für und den reibungslosen Betrieb durch den Auftragnehmer zu gewährleisten. Weiter führt ein Anbieterwechsel zu erheblichen Einarbeitungs- und Umstellungsaufwänden, die Personalressourcen binden, was auch Anbieter vor Herausforderungen stellt. Eine Vertragslaufzeit von unter acht Jahren würde auch dazu führen, dass der Auftraggeber schon kurze Zeit nach der erfolgreichen Migration wieder damit beschäftigt wäre, eine neue Ausschreibung durchzuführen. Aus einem Anbieterwechsel schließlich das Risiko von technischen Inkompatibilitäten und Fehlfunktionen. Das gefährdet wichtige Verwaltungsprozesse (u.a. im Bereich der Gefahrenabwehr), so dass auch dieses Risiko rechtfertigt, nicht schon nach vier Jahren erneut einem Auftragnehmerwechsel entgegenzusehen.

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: nein

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Der Bewerber hat einen aktuellen Nachweis (nicht älter als drei Monate) einzureichen, dass das Unternehmen im Berufs- oder Handelsregister nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Landes der Gemeinschaft oder des Vertragsstaates des EWR-Abkommens eingetragen ist, in dem es ansässig ist. Im Fall der Beteiligung als Bewerbergemeinschaft ist der Nachweis von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft einzureichen. Der Nachweis darf nicht älter als sechs Monate ab Veröffentlichung der EU-Bekanntmachung sein. Im Rahmen der Eignungsleihe ist der Nachweis ebenfalls zwingend von den entsprechenden Unternehmen zu erbringen.

Kriterium: Anteil der Unterauftragsvergabe

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Unterauftragnehmer: Insofern Teile des Auftrags von Unterauftragnehmern erbracht werden sollen, sind zwingend die Formblätter 4.3 EU und 4.4 EU auszufüllen und die Unternehmen zu benennen. Des Weiteren ist von jedem zum Einsatz kommenden Unterauftragnehmer, zwingend das Formular 5.4 EU (Vereinbarung des Dritten zur Einhaltung der Mindestanforderungen nach dem Brandenburgischen Vergabegesetz) zu erbringen. Eignungsleihe: Bewerber / Bieter können sich zum Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit auf dritte Unternehmen beziehen, wenn die nachfolgenden Voraussetzungen beachtet werden. Das dritte Unternehmen muss die für die Übernahme des betreffenden Leistungsbereichs erforderliche Eignung aufweisen. Bieter müssen nachweislich die erforderlichen Mittel des Drittunternehmens zur Verfügung stehen, die für den Leistungsbereich erforderlich sind, für den sie nach der Projektstruktur benannt werden und in dem sie gegebenenfalls Referenzen vorlegen. Ein Bewerber oder Bieter darf die Kapazitäten anderer Unternehmen im Hinblick auf Nachweise für die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit wie Ausbildungs- und Befähigungsnachweise nach § 46 Absatz 3 Nummer 6 VgV oder die einschlägige berufliche Erfahrung nur dann in Anspruch nehmen, wenn diese die Leistung erbringen, für die diese Kapazitäten benötigt werden. Der Bewerber / Bieter sichert mit Nennung der Unterauftragnehmer zu, dass ihm im Auftragsfall die Ressourcen vorgenannter Unterauftragnehmer für die vorgesehenen Aufgabenstellungen im Rahmen der Unteraufträge bzw. dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel im Rahmen der Eignungsleihe uneingeschränkt zur Verfügung stehen. Im Falle der Eignungsleihe sind zwingend die Formblätter 4.3 EU und 4.4 EU auszufüllen und die Unternehmen zu benennen.

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Zur Beurteilung der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit des Bewerbers / Bieters dienen insbesondere seine Angaben o Allgemeine Informationen - Firmenname - Sitz des Unternehmens - Anschrift der Geschäftsräume - Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister - Umsatzsteuer-Identifikationsnummer - Angabe zur Größe des Wirtschaftsteilnehmers - Darstellung des Unternehmensportfolios o Informationen zur Struktur des Unternehmens - Gesetzlicher Vertreter - Angaben zu Gesellschaftern und Höhe des Gesellschafteranteils - Geschäftszweck des Unternehmens - Angaben zu Konzernstruktur und verbundenen Unternehmen - Angaben zur Nationalität des Eigentümers o Umsatz des Bewerbers / Bieters / Unterauftragnehmers der letzten drei abgeschlossenen und bilanzierten Geschäftsjahre - Gesamtumsatz in EUR netto - Umsatz in

EUR netto mit zum ausgeschriebenen Leistungsgegenstand vergleichbaren Leistungen unter Verwendung der Anlage E1 Unternehmensdarstellung. Im Falle der Beteiligung einer Bewerber-/Bietergemeinschaft ist von allen Mitgliedern zwingend anzugeben, welches Unternehmen bevollmächtigt ist, für die Bewerber-/Bietergemeinschaft mit Wirkung für und gegen die Bewerber-/Bietergemeinschaft Erklärungen abzugeben und anzunehmen bzw. den späteren Vertrag abzuschließen und durchzuführen. Mitglieder einer Bewerber-/Bietergemeinschaft haften gegenüber dem Auftraggeber gesamtschuldnerisch. Für die an einer Bewerber-/Bietergemeinschaft beteiligten Unternehmen ist im Formblatt 4.2 EU mitzuteilen, welchen Leistungsanteil sie jeweils übernehmen. Der Teilnahmeantrag / das Angebot einer Bewerber-/Bietergemeinschaft muss vom bevollmächtigten Vertreter unterschrieben / signiert sein. Im Falle der Beteiligung als Bewerber-/Bietergemeinschaft ist die Anlage von jedem Mitglied der Bewerber-/Bietergemeinschaft einzureichen. Gleiches gilt beim Einsatz von Unterauftragnehmern. Das Weiteren hat der Bewerber / Bieter nachzuweisen, dass er die Mindestanforderungen nach dem Brandenburgischen Vergabegesetz einhält. Der Bewerber / Bieter hat den Nachweis in Form einer Eigenerklärung mittels des Formulars 5.3 EU zu erbringen. Im Fall der Beteiligung als Bewerber-/Bietergemeinschaft ist der Nachweis von jedem Mitglied der Bewerber-/Bietergemeinschaft zu erbringen.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Der Bewerber hat folgende Angaben: - Vorliegen einer Betriebshaftpflichtversicherung/ Berufshaftpflichtversicherungsdeckung im Zeitpunkt der Zuschlagserteilung und Aufrechterhaltung über die gesamte Vertragslaufzeit in Höhe von mindestens EUR 5 Mio. für Personen- und Sachschäden sowie mindestens EUR 2.5 Mio. für Vermögensschäden zweifach maximiert für alle Versicherungsfälle eines Versicherungsjahres unter Verwendung der Anlage E2 Erklärung zu Betriebs- oder Berufshaftpflichtversicherung zu erbringen.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Lieferungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Zum Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit werden vom Bewerber mindestens zwei geeignete Referenzen für die Realisierung einer IP-basierten Any-to-Any-WAN-Plattform und mindestens eine geeignete Referenz für kundenexklusive Verbindungen aus den letzten drei Jahren erwartet, die nach Art und Umfang den in der Abfragetabelle geforderten Anforderungen entsprechen. Die eingereichten Referenzen werden im Rahmen der Eignungsprüfung mit 85 % gewichtet. Mindestanforderung: Es müssen insgesamt mindestens 50 % (5 Punkte) der möglichen Wertungspunkte (10 Punkte) je Referenzbereich erreicht werden. Maßgeblich ist der Mittelwert über alle eingereichten Referenzen innerhalb eines Referenzbereichs. Wird dieser Punktwert in einem oder beiden Referenzbereichen nicht erreicht, wird der Teilnahmeantrag ausgeschlossen. Die Leistungsfähigkeit wird anhand der Bewertung der zu den Referenzen gemachten Angaben festgestellt: 1) Referenzen WAN-Plattform a) Ausschlusskriterien - Referenzbezeichnung - Name des Unternehmens, welches die Referenz einbringt - Rolle des Unternehmens, welches die Referenz einbringt, im Projekt "LVN 6.0" (z. B. "Bieter", "Mitglied der Bietergemeinschaft"). - Name und Anschrift des Auftraggebers - Name des Ansprechpartners beim Auftraggeber (Mindestangabe: Name des Ansprechpartners beim Bewerber für einen Kontakt beim referenzgebenden Auftraggeber) - Telefonnummer und/oder E-Mail-Adresse des Ansprechpartners beim Auftraggeber (Mindestangabe: Telefonnummer und/oder E-Mail-Adresse des Ansprechpartners beim Bewerber für einen Kontakt beim referenzgebenden Auftraggeber) - Kurze Beschreibung (je Referenz maximal 3 Seiten A4 auf getrenntem Blatt - Text und Grafik) der Referenz und Darlegung der Vergleichbarkeit der

Referenz mit dem Vergabevorhaben, insbesondere sollten sich die o.g. Angaben nachvollziehen lassen. b) Mindestkriterien - Kundenstandorte in Deutschland: Mindestanforderung: Über 50% der angebundenen Kundenstandorte der Referenz müssen in Deutschland liegen. (Der Anteil ist zu benennen.) - Ausführungszeitraum (Vertragsabschluss bis Projektende): Mindestanforderung: Vertragsende nach 01.01.2022 oder laufender Vertrag (Vertragsbeginn 2023 oder früher) (Der Ausführungszeitraum ist zu benennen.) - Rolle des Bewerbers in der Referenz: Mindestanforderung: Der Bewerber hat das Referenzprojekt als Auftragnehmer oder als Mitglied einer Bieter-/Arbeitsgemeinschaft gegenüber dem Endkunden verantwortet. - Leistungsgegenstand: Mindestanforderung: Bereitstellung und Betrieb eines IP-basierten privaten Any-to-Any-WAN-Netzes über nichtöffentliche Plattformen (z. B. MPLS) (Der Leistungsgegenstand ist zu benennen.) - Mindestanzahl der angebundenen Kundenstandorte in der Referenz: Die Referenz muss die Anbindung von mindestens 100 Kundenstandorten umfassen. c) Bewertungskriterien: - Stammt die Referenz aus dem Bereich "öffentliche Auftraggeber"? (10 %) - Anzahl der angebundenen Kundenstandorte in der Referenz (25 %) - Maximale Anschlussbandbreite innerhalb der Referenz (10 %) - Redundanz der Kundenstandortanbindungen (20 %) - Welche weiteren Leistungen sind in der Referenz enthalten? (15 %) - Im Rahmen der Referenz wurde ein umfassendes Kunden-Onlineportal für Bestandswesen, Auftragsabwicklung und Störungsmanagement zur Verfügung gestellt. (5 %) - Im Rahmen der Referenz wurde ein IT-Sicherheitskonzept gemäß BSI IT-Grundschutz erstellt. (15 %) Speziell für die Abfrage der Referenzen dienen die Angaben des Bewerbers mittels der in den Vergabeunterlagen vorgesehenen Anlage. Die Einzelheiten zur Gewichtung, den Bewertungshinweisen sowie den B-Kriterien ergeben sich aus der entsprechenden Anlage. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen. Gewichtung (Prozentanteil, genau): 85,00

Kriterium: Zertifikate von unabhängigen Stellen über Qualitätssicherungsstandards
Beschreibung des Auswahlkriteriums: Der Bewerber hat folgende Angaben: - Zertifizierung für ein Qualitätsmanagement nach ISO 9001 unter Verwendung der Anlage E1 Unternehmensdarstellung zu erbringen.
Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen
Gewichtung (Prozentanteil, genau): 5,00

Kriterium: Informationssicherheit
Beschreibung des Auswahlkriteriums: Der Bewerber hat folgende Angaben: - Zertifizierung für ein Informationssicherheits-Managementsystem nach ISO 27001 unter Verwendung der Anlage E1 Unternehmensdarstellung zu erbringen.
Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen
Gewichtung (Prozentanteil, genau): 5,00

Kriterium: Zertifikate von unabhängigen Stellen über Umweltmanagementsysteme oder -standards
Beschreibung des Auswahlkriteriums: Der Bewerber hat folgende Angaben: - Zertifizierung für ein Umweltmanagementsystem nach ISO 14001 oder vergleichbar unter Verwendung der Anlage E1 Unternehmensdarstellung zu erbringen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 5,00

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Zur Beurteilung der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit des Bewerbers / Bieters dienen insbesondere seine Angaben o Anzahl der durchschnittlich Beschäftigten der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre - durchschnittlich Beschäftigte gesamt - durchschnittlich Beschäftigte, welche Leistungen erbringen, die mit dem ausgeschriebenen Leistungsgegenstand in Zusammenhang stehen, Mindestanforderung: 200 Mitarbeiter unter Verwendung der Anlage E1

Unternehmensdarstellung. Im Falle der Beteiligung einer Bewerber-/Bietergemeinschaft ist von allen Mitgliedern zwingend anzugeben, welches Unternehmen bevollmächtigt ist, für die Bewerber-/Bietergemeinschaft mit Wirkung für und gegen die Bewerber-/Bietergemeinschaft Erklärungen abzugeben und anzunehmen bzw. den späteren Vertrag abzuschließen und durchzuführen. Mitglieder einer Bewerber-/Bietergemeinschaft haften gegenüber dem Auftraggeber gesamtschuldnerisch. Für die an einer Bewerber-/Bietergemeinschaft beteiligten Unternehmen ist im Formblatt 4.2 EU mitzuteilen, welchen Leistungsanteil sie jeweils übernehmen. Der Teilnahmeantrag / das Angebot einer Bewerber-/Bietergemeinschaft muss vom bevollmächtigten Vertreter unterschrieben / signiert sein. Im Falle der Beteiligung als Bewerber-/Bietergemeinschaft ist die Anlage von jedem Mitglied der Bewerber-/Bietergemeinschaft einzureichen. Gleiches gilt beim Einsatz von Unterauftragnehmern. Das Weiteren hat der Bewerber / Bieter nachzuweisen, dass er die Mindestanforderungen nach dem Brandenburgischen Vergabegesetz einhält. Der Bewerber / Bieter hat den Nachweis in Form einer Eigenerklärung mittels des Formulars 5.3 EU zu erbringen. Im Fall der Beteiligung als Bewerber-/Bietergemeinschaft ist der Nachweis von jedem Mitglied der Bewerber-/Bietergemeinschaft zu erbringen.

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 4

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 04/08/2025 23:59:59 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXP9YMGHRUE/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXP9YMGHRUE>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 15/09 /2025

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXP9YMGHRUE>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch
Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 14/08/2025 10:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Die Möglichkeit zur Nachforderung von Unterlagen erfolgt gem. § 56 VgV.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Der Bewerber / Bieter hat nachzuweisen, dass er keinen Bezug zu Russland im Sinne des Artikels 5k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833 /2014 hat. Der Bewerber / Bieter hat den Nachweis mittels Eigenerklärung mit dem vom AG zur Verfügung gestellten Sonderformular Russland-Embargo zu erbringen. Im Fall der Beteiligung als Bewerber-/Bietergemeinschaft ist der Nachweis von jedem Mitglied der Bewerber-/Bietergemeinschaft einzureichen. Des Weiteren gilt für die Ausführung des Auftrages § 128 Absatz 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen. Detaillierte Bedingungen für die Ausführung des Auftrages ergeben sich aus der Vergabeunterlage.

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Rahmenvereinbarung ohne erneuten Aufruf zum Wettbewerb

Höchstzahl der Teilnehmer: 1

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

Elektronische Auktion: nein

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Landes Brandenburg beim Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

Brandenburgischer IT-Dienstleister

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:

Vergabekammer des Landes Brandenburg beim Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Brandenburgischer IT-Dienstleister

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Brandenburgischer IT-Dienstleister

Registrierungsnummer: 12-121092720202821-39

Postanschrift: Steinstraße 104 - 106

Stadt: Potsdam
Postleitzahl: 14480
Land, Gliederung (NUTS): Potsdam, Kreisfreie Stadt (DE404)
Land: Deutschland
E-Mail: zit-bb-ausschreibung@zit-bb.brandenburg.de
Telefon: +49 331391321
Fax: +49 3313981321
Internetadresse: <https://zit-bb.brandenburg.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Brandenburg beim Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz

Registrierungsnummer: t:03318661719

Postanschrift: Heinrich-Mann-Allee 107

Stadt: Potsdam

Postleitzahl: 14473

Land, Gliederung (NUTS): Potsdam, Kreisfreie Stadt (DE404)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@mwaek.brandenburg.de

Telefon: +49 3318661719

Fax: +49 3318661652

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: dfb73e4d-0452-4162-8cc0-b011d36ed391 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 14/07/2025 09:03:27 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 460553-2025

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 133/2025

Datum der Veröffentlichung: 15/07/2025